

SVP INTERNATIONAL

Postfach 8252, CH-3001 Bern

Tel +41 31 300 58 58

Fax +41 31 300 58 59

Email: info@svp-international.ch

Internet: <http://www.svp-international.ch>



Newsletter SVP International

Ausgabe vom April 2009

Editorial: Wie der Bundesrat die Interessen seiner „Freunde“ vertritt

Nachdem wir Schweizer in den letzten paar Monaten vom Ausland, von linken Politikern und den von ihnen kontrollierten Medien immer wieder zu hören bekamen, wie schlecht unser Bankkundengeheimnis und unser Steuersystem sei, ist unsere Regierung schliesslich denn auch folgsam eingeknickt.

Wie unser Bundesrat zusammen mit den UBS-Verantwortlichen das Bankkundengeheimnis ohne Gegenleistung verscherbeln konnte, ist für uns Auslandschweizer unverständlich. Vor allem, da **das Zugeständnis des Bundesrates in erster Linie die Auslandschweizer trifft**. Die Versicherung von Bundesrat Merz, für Leute, welche in der Schweiz wohnen, gelte das Bankkundengeheimnis immer noch, nützt uns Auslandschweizern überhaupt nichts!

Es ist für uns genauso unverständlich, wie auf einmal für die Schweizer Banken nicht mehr auch die Schweizer Rechtsordnung gelten soll, welche klar zwischen Steuerhinterzug und Steuerbetrug unterscheidet. Einmal mehr übernimmt die Schweiz ohne Widerrede ausländisches Recht und stellt die eigenen Interessen und vor allem die Interessen des Schweizer Finanzplatz hinten an. Anscheinend war es dem Bundesrat dabei wichtiger, bei seinen Freunden gut anzukommen, als sich für sein Land einzusetzen.

Dabei hätte Bundesrat Merz von seinen „guten Freunden“ Brown und Obama doch bestens lernen können, wie man die Interessen des eigenen Staates und Finanzplatzes schützen kann. Diese haben nämlich mit ihrer Schwarz- und Graumalerei von Listen mit bösen Steueroasen, ihre eigenen Steuerfluchtszentren von Delaware und Wyoming via den Britischen Jungferinseln bis Grossbritannien mit einem weissen Persil-Schein bedacht.

Doch auch sonst sehe ich eher schwarz für die nähere Zukunft des Schweizer Finanzplatzes. Dass unser Finanzdebakel bald gelöst werden kann, bezweifle ich, wenn man Leute, wie den altBundesrat Kaspar Villiger, der noch nie mit seinem Krisenmanagement glänzte, in entscheidende Positionen befördert. Da wäre altBundesrat Blocher zusammen mit Ex-Botschafter Borer sicherlich ein besseres und kompetenteres Team gewesen.

Rolf B. Schudel, Johannesburg (SA)
Präsident SVP International

Arroganz und Ungerechtigkeit gegenüber der Schweiz

Noch nie seit dem zweiten Weltkrieg stand die Schweiz so allein vor einer Koalition von niederträchtigen und verlogenen Aggressoren.

Es ist blanker Hohn, wenn die einstigen Grossmächte Noten für moralisches Finanzgebaren austeilen. Die Schweiz auf einer grauen Liste anzuprangern zeugt von der Böswilligkeit von Staaten, deren fiskalische Tugend alles andere als nachgewiesen ist. Wie können sich die G20-Staaten, dieses neue Jalta, als Richter aufspielen, um bestimmte Länder zu verurteilen und andere freizusprechen?

Die finanziellen Interessen gewisser anglo-amerikanischer Banken, der Brokers von Wallstreet und die ausser Kontrolle geratenen Budgets westlicher Nationen erklären diese Verbissenheit gegenüber unserem Land. Die Habgier der G20-Staaten ist grenzenlos, und das ist auch die Arroganz der OECD-Führung. Es ist so leicht, vom Quai de Bercy oder der Downing Street 10 mit dem Finger auf unseren Bundesstaat zu zeigen, um vom eigenen Steuerparadies abzulenken.

Während die Briten und Amerikaner mit aller Hartnäckigkeit unserem Steuersystem den Krieg erklären, vergessen sie, sich selber auf die ominöse Liste zu setzen. Entgeht den USA, dass zwei ihrer Bundesstaaten, Delaware und Wyoming, für Steuerflucht um einiges vorteilhafter sind als unsere Kantone? Sind die Briten dermassen blind, dass sie die Vielzahl kleiner Inseln übersehen, die zweifelhaften Vermögen als Fluchtort dienen? Seltsamerweise figurieren die Kanalinseln nahe der französischen Küste nicht auf der Liste der Länder, die nicht mit den OECD-Mitgliedstaaten kooperieren. So wenig wie die Insel Man, die Scilly-Inseln und Gibraltar. Ganz zu schweigen von den Bahamas oder den Kaiman-Inseln, die es sich unter dem schützenden Schirm der britischen Krone bequem machen. Und wie steht es mit den Bermudas, den Marianen oder Samoa in der Südsee, die übersät sind mit Banken ohne Schalter, fiktiven Adressen und Rechtsberatern, die zu entgegenkommend sind, um ehrlich zu sein. Gar nicht zu reden von den Steuervorteilen der französischen Überseegebiete, dem va-

gen Steuersystem der französisch-niederländischen Karibik-Inseln und dem noch grosszügigeren der niederländischen Antillen. Doch so ist es, alle diese pseudo-tugendhaften Staaten, die ihre Schätze verloren haben, manipulieren lieber das internationale Recht, um die leeren Staatskassen zu füllen.

Sie wollen uns eine Neuverhandlung unserer Doppelbesteuerungsabkommen aufzwingen, sie drängen uns, unser Bankgeheimnis seiner Substanz zu entleeren, sie wollen unsere Banken plündern und unsere Wirtschaft sabotieren. So üben sie ihr verhängnisvolles Diktat aus ohne zu sehen, wie viele russische Banken sich hinter den diskreten Fassaden von Guernsey verbergen. Für welche Geschäfte? Für welchen Handel? Die Herren Brown und Sarkozy täten gut daran, in ihrem eigenen Stall für Ordnung zu sorgen, bevor sie ihre Nase in den der andern stecken. Und Herr Steinbrück soll sich mal aus der Nähe ansehen, wie viele deutsche Unternehmen mit Hilfe von Banken, die sich in den baltischen Staaten niedergelassen haben, seine Steuergesetze umgehen. Was für ungesunde Allianzen bilden sie zum Nachteil von Kleinststaaten, deren einziger Fehler darin besteht, im Wohlstand zu leben?

Unsere Regierung darf nicht vor dieser neuen Art von Aggressoren in die Knie gehen. Anstatt mit einem Darlehen von 10 Milliarden an den Internationalen Währungsfonds Freunde erkaufen zu wollen, wäre es besser, diese Summe in unsere Wirtschaft zu stecken und diese zu stärken. Dasselbe gilt für das unselige Abkommen, das unsere Nationalbank mit jenen Grossbritanniens und Japans geschlossen hat, um der US-Zentralbank die fehlende Liquidität zu verschaffen.

Freundschaft ist nicht käuflich. Weder die der Menschen noch die der Staaten. Nutzen wir unsere monetären Ressourcen, um unsere Wirtschaft zu stärken und uns von dieser Finanz-Monokultur zu befreien.

Wie schon 1940 muss die Schweiz Widerstand leisten. Dem Schweizervolk wird es auch diesmal gelingen, Mittel und Wege zu finden. Das ist sowohl eine Frage der Würde wie des Mutes.

André Reymond, Nationalrat
SVP International Vorstandsmitglied

Folgende Parlamentarische Initiative wurde von André Reymond in der Frühjahrsession eingereicht:

09.407 – Parlamentarische Initiative

Weniger Bürokratie beim Waffenerwerb durch Auslandschweizer

eingereicht am 18.3.2009

Eingereichter Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Artikel 9a des Bundesgesetzes über Waffen, Waffenzubehör und Munition (WG; SR 514.54) soll so geändert werden, dass nur Personen mit Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat oder in einem Staat, der Vertragsstaat des Schengen-Abkommens oder der diesem Abkommen assoziiert ist, eine entsprechende amtliche Bestätigung des Wohnsitzstaates vorlegen müssen, um zum Erwerb einer Waffe oder eines wesentlichen Waffenbestandteils berechtigt zu sein. Für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer mit Wohnsitz in anderen Staaten soll die alte Regelung wieder in Kraft gesetzt werden (Art. 8 Abs. 3 aWG).

Begründung

Die EG-Waffenrichtlinie wurde im Rahmen der Schengen-Anpassung in schweizerisches Recht umgesetzt. Mit der diesbezüglichen Revision des Waffengesetzes wurde auch Artikel 9a in das Gesetz neu eingeführt: Das Schengener Abkommen erfordert für den Waffenerwerb jeweils eine amtliche Bestätigung des Wohnsitzstaates für Personen mit Wohnsitz in Schengen-Staaten.

Artikel 9a WG geht jedoch noch weiter: Für alle Personen mit Wohnsitz im Ausland wird eine entsprechende Bestätigung gefordert. Es gab keinen Grund, dieses Erfordernis auf alle Staaten auszudehnen. Kein ausländischer Staat ausserhalb des Schengen-Raums hat eine solche Bestimmung von der Schweiz verlangt.

Das alte Waffengesetz sah für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer eine Ausnahmeregelung vor, wonach der Waffenerwerbsschein von der zuständigen schweizerischen Behörde des Kantons ausgestellt wird, in dem die Waffe erwor-

ben wird (Art. 8 Abs. 3 aWG). Diese Regelung ist für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer mit Wohnsitz ausserhalb des Schengen-Raums wieder einzuführen.

The Great Depression (1929-39)

Die Weltwirtschaftskrise von 1929-39 war die schlimmste, die wir bisher kannten. Doch wenn wir nicht aufpassen, könnten wir schnell eine schlimmere Krise erleben!

Ein Blick in die Jahre 1929 – 1939

Als die Wirtschaftskrise Ende der 20er Jahren angefangen hatte, wurde alles auf einen Schlag teurer. Viele Arbeiter verloren ihren Job, weil die Nachfrage von Produkte nur noch schleppend voran ging. Mietzinse, Steuern, Benzin, Schuhe, Kleider, Esswaren etc. wurden teurer. Da der Brennstoff zu teuer wurde, wurden in Kanada Autos zum Teil bis auf den Rahmen und die Achsen abgebrochen und mit Zugdeichsel ausgerüstet für den Pferdezug. Diese Fahrzeuge wurden als Bennett Buggies (genannt nach dem kanadischen Premierminister Bennett) bekannt.

Die Situation der Schweizer Landwirte

Auch die Schweizerische Landwirtschaft musste sehr leiden in dieser Zeit. Die Bauern mussten ihre Produkte auf „Hundspreise“ herabsetzen, d.h. die Produktionskosten waren höher als die Einnahme (man darf nicht vergessen, dass in dieser Zeit 20% der Schweizer Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig war). Aufgrund des Arbeitermangel auf den Höfen, mussten die Bauern mechanisieren, aber wie? Die Traktorenmarken aus den USA (Fordson, IH usw.) waren für die Schweiz zu teuer. Darum gründete der Bauernsohn Hans Hürlimann (1901-1977) eine Traktorenfabrik in Wil SG und Fritz Bühler (1896-1974), ebenfalls ein Bauernsohn, eine in Hinwil ZH.

Hürlimann baute seinen ersten Traktor 1929. Von diesem ersten Modell 1 K 8 (Einzyylinder, 8 PS Motor) baute er 102 Stück zum Kaufpreis von 4750 Fr. Bauern, die sich keinen solchen Markentraktor leisten konnten, kauften zum Teil ein Motormäher (der Marke Rapid, seit 1926)

oder ein Autotraktor, welche von verschiedenen lokalen mechanischen Werkstätten hergestellt wurden. Deren Preis lag zwischen 1000 und 3000 Fr. Der Motormäher wurde vom Bauernsohn Jacob Fahrni (1872-1953) 1922 erfunden, wurde aber erst 1926 in Grossserie von der Rapid Motormäher AG Zürich gebaut. (Die Firma Rapid fabriziert immer noch Motormäher, heute in Killwangen AG.)¹

Etwas Gutes hat die 10-jährige Wirtschaftskrise gebracht: Der Traktorenbau hat dank innovativen Leuten Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeit der Bauern einfacher gemacht.

Was kann eine Wirtschaftskrise auslösen?

Diese Frage ist schwer zu beantworten. Ich gebe Ihnen jedoch gerne meine Sicht dazu: Eine Wirtschaftskrise kann ausgelöst werden, wenn Firmen den Grössenwahn oder schlechtes Management haben und dann Konkurs gehen. Oder es kann auch um Ressourcen gehen, wie z.B. die Ölkrise in den 70er Jahren. Auch ein liberalisierter Markt kann schwere wirtschaftliche Folgen haben. Ein anderer Grund kann sein, wenn Staaten zu viel Schulden haben. Darum sagt die SVP seit Jahren, dass man sparen, die Schulden abzahlen und die Steuern tief halten soll. Denn man weiss nie, wie die Wirtschaft nächstes Jahr läuft, geschweige denn in weiterer Zukunft!

Die Lösung zu einer Krise

Wenn eine Weltwirtschaftskrise eingetroffen ist, darf man nicht in Panik geraten. Mit Gelassenheit und innovativen Ideen muss man wieder herausfinden, aber das kann natürlich manchmal lange dauern. Der Staat muss Arbeit schaffen und die Landwirtschaft muss wieder eigene Lebensmittel produzieren, damit das Land sich selbst versorgen kann.

Darum sage ich Nein zu allen Agrar-Freihandelsabkommen und weiteren

¹ Mehr über den Schweizerischen Traktorenbau kann man in folgenden Büchern nachlesen:

Schweizer Traktorenbau Band 1 bis 3, Hürli-mann Traktoren, und **Bührer eine faszinierende Firmengeschichte**. Zu bestellen unter www.verlagroethlin.ch

Liberalisierungen unserer Schweizerischen Wirtschaft. Weil man weiss ja, wie schnell man abhängig wird vom Ausland. Man weiss das aus der Geschichte der Eidgenossenschaft! Darum hatten sich auch unsere Vorfahren 1291 zusammengetan, um die Vogte zu vertreiben. Haben wir nicht auch heute wieder Vögte aus dem Ausland, die unser Land kaputt machen wollen? Ich glaube es!

Urs Christen, Steinbach (Kanada)
SVP International Mitglied

Brief an die ASO

Folgender Brief wurde von **Edgar Studer, Vorstandsmitglied der SVP International** an Alfred Wyser, Präsident der Federation of Swiss Societies UK geschrieben

Betrifft: Rückzug der Bewerbung als Delegierter für den Auslandschweizer-rat

Sehr geehrter Herr Präsident

Am 05.12.2008 hat der Southern Area Swiss Club meine Nomination als Delegierter für den Auslandschweizererrat Fristgerecht (31.12.08 gemäss Ihrem Schreiben vom 05.02.2008) eingereicht.

Zwei Gründe veranlassen mich meine Bewerbung zurückzuziehen.

1. Wahlprozedere der Delegierten für den Auslandschweizererrat (ASR)

- Chaotisches ja geradezu diletantisches und undemokratisches Vorgehen
- Nichteinhalten und ständiges verschieben von Terminen
- Unterschiedliche Bewerbungsschluss-termine für Bewerber der Clubs und für Bewerber die nicht einem Club angehören. (Private Bewerbung)
- Neue Eingabefrist für die Clubs bis zum 31.01.09 gem. Newsletter, Jan. 2009
- Erstmalige Ausschreibung für die privaten Bewerbungen in der Swiss Review vom Februar 2009, Switzerland in UK. Eingabefrist 17.04.09

- Da im April 2009 keine Swiss Review erscheint und dementsprechend auch keine Beilage Switzerland in UK, können die Kandidaten nicht mehr in der Presse vorgestellt werden. Als Ersatz soll dies in den Newslettern online nachgeholt werden. (www.swiss-societies.co.uk)

- Im Newsletter 5, Februar 09 erfährt man, dass alle Schweizerinnen und Schweizer die bei der Schweizerischen Botschaft in London registriert sind, 18 Jahre alt sind, die Möglichkeit haben auf dem Postweg zwei Kandidaten zu wählen. Wahlschlusstermin ist der 31.05.09. Diese Möglichkeit hätte in einer Beilage Switzerland in UK veröffentlicht werden müssen.

- Dies kann nur erfahren, wer über einen Computer verfügt. FOSSUK verlangt mehr Demokratie und Öffnung. FOSSUK ist nicht in der Lage dies auch auszuführen.

- Seit der Sitzung des ASR vom 22.08.08 in Fribourg wusste man, dass die Swiss Review in Schwierigkeiten gerät, wenn die Bundesbeiträge um Fr 500'000.- gekürzt werden. Dies bedeutet, dass nur noch 4 statt 6 Ausgaben im Jahr erscheinen werden. Die Hoffnung, dass die Kürzung nicht vollzogen wird war sehr klein. (Mein Vorschlag einen Abonnementsbeitrag zu erheben wurde nicht ausdiskutiert.)

- In Kenntnis dieser Sachlage war also genügend Zeit vorhanden um sofort zu reagieren und vorsorgliche Massnahmen zu ergreifen um das Wahlverfahren in geordneter und regulärer Art und Weise durchzuführen.

Diese Wahlen sind eine Farce und aus den genannten Gründen abzulehnen.

2. Abstimmungsverhalten der ASO zur Personenfreizügigkeit vom 08.02.2009

Das aggressive und undemokratische Verhalten der ASO, die sich als eine „Nichtpolitische Organisation“ bezeichnet, ist mit aller Schärfe abzulehnen.

Ganz speziell weil sie den im EU-Raum lebenden Auslandschweizern mit unwahren Behauptungen Angst machten. Zudem waren die Informationen einseitig und deshalb dem schweizerischen Demokratieverständnis unwürdig. Ich stelle fest, dass der Vorstand der ASO ganz klar linke

Interessen vertritt. Jüngstes Beispiel ist der Wahlvorschlag des neuen Finanzverantwortlichen der ASO, D. Maurice Jaccard, Mitglied der SP.

Es darf nicht sein, dass die Auslandschweizer für die Interessen der ASO missbraucht werden. Die Auslandschweizer die ihr Stimm- und Wahlrecht wahrnehmen tragen für das Wohlergehen der in der Schweiz lebenden Schweizerbürger Verantwortung. Sie dürfen nicht zu Steigbügelhaltern für die Mitglieder des ASO Vorstandes benutzt werden.

Erstaunt stellt man fest, als nach der Abstimmung, Negativmeldungen aus diesen beiden Staaten Rumänien und Bulgarien, zu Hauf in der Presse nachzulesen waren. Aber dies konnte man schon vorher wissen, wenn man sich dafür interessierte!

Ich stelle fest dass die linke Einstellung des Vorstandes in der Auseinandersetzung, betreffend Swiss Review, mit Frau Calmy Rey nicht den erhofften Erfolg brachte.

Weiter ist festzuhalten, dass...

- es der Vorstand der ASO nicht für nötig hält Vorschläge aus den Reihen des ASR zur Erhaltung der Swiss Review entgegenzunehmen und zu prüfen.

- der Vorstand an der Regelung festhält, dass eine Stellvertretung eines Delegierten kein Stimmrecht hat. An der Sitzung vom 22.08.08 habe ich dagegen interveniert weil es mit dieser Regelung keinen Sinn macht um eine Stellvertretung bemüht zu sein.

- die Delegierten des ASR sind Statisten, die den Rahmen für den Vorstand bilden.

Aus diesen Gründen und Erkenntnissen sehe ich für mich in diesem Rat keine Zukunft.

Edgar Studer

Brief ging an:
Herrn Alexis Lautenberg, Schweizer Botschafter und Ehrenpräsident von FOSSUK
Herrn Jacques-Simon Eggly, Präsident ASO
Herrn Ruedi Wyder, Direktor ASO
Frau Vreni Rudkin, Präsidentin Southern Area Swiss Club
An die Präsidenten der Schweizer Clubs in England Mitglieder von FOSSUK

Leserbriefe:

Schweizer Interventionismus mit Auslandeinsätzen

Bei der täglichen Durchsicht meiner E-Mails hat mich ein Communiqué der SVP überrascht.

Unser seit langer Zeit neutrales Land schickt Truppen in den Golf von Aden in den Kampf gegen Piraten, die Schiffe angreifen mit dem Ziel, die Herkunftsländer des transportierten Frachtgutes zu erpressen!

Nach der Plünderung des Bankgeheimnisses werden nun unsere Soldaten in Auslandeinsätze geschickt, die unseren Idealen widersprechen, und das dank dem Zusammenspannen der politischen Mitte-Links-Kräfte. Ich frage mich deshalb: Wann kommt es zur Intervention in Afghanistan? Oder im Sudan? Im Mittleren Osten? Und wann kommt es erstmals zur Bestattung von Soldaten, die für die amerikanischen und europäischen Interessen ihr Leben lassen mussten?

Wann kommt die Volksinitiative, die das Abdriften einer Regierung verhindert, die vor nichts zurückschreckt, um unserem Heimatland Schaden zuzufügen?

Was tun unsere gewählten politischen Vertreter, um solche Untaten zu verhindern?

Was tut das Volk?

Wann erscheinen in den schweizerischen Medien Bilder unserer Soldaten, die in Kämpfen, die nicht die unsrigen sind, verwundet oder gar gestorben sind? Ich bin empört! Und danach? Welches ist der nächste Schlag, der den Schweizer Interessen in der Welt Schaden zufügt? Sicher drehen sich unsere grossen Staatsmänner im Grab um vor so viel Schändlichkeit.

Pierre Vogel, Rosny sur Seine (F)
SVP International Mitglied

VARIA:

Eintragung für SVP-News:

Mit einer Eintragung Ihrer E-Mail Adresse in die Mailing-Liste der SVP erhalten Sie die Medienmitteilungen, jeden Montag den Pressedienst und andere interessante Informationen rund um Themen der SVP, kostenlos per E-Mail.

Eintragen können Sie sich auf www.svp.ch unter der Rubrik Gratis-Newsletter.

Termine:

Am 2. Mai 2009 findet in Bern ein Sonderparteitag zum Thema „Migrationspolitik“ statt, zu welchem Sie herzlich eingeladen sind. Anmelden können Sie sich online auf www.svp.ch oder schriftlich an: SVP Schweiz, Generalsekretariat, Brückfeldstrasse 18, 3001 Bern
Fax: 031 300 58 59 Mail: gs@svp.ch

Die **Delegiertenversammlungen** der SVP Schweiz 2009 werden an folgenden Daten stattfinden:

20. Juni 2009 im Kanton St. Gallen
22. August 2009 im Kanton Graubünden
3. Oktober 2009 im Kanton Genf

Als Mitglied der SVP International sind Sie natürlich immer eingeladen, als Gast oder bei freien Delegiertenkarten auch als Delegierter an einer DV der SVP Schweiz teilzunehmen. Falls Sie Interesse an einer Teilnahme haben, können Sie sich gerne bei uns melden.

Vom **7. – 9. August 2009 findet in Luzern** der von der ASO organisierte **Auslandschweizer-Kongress** statt.

Im dessen Rahmen wird am **Freitag 7. August 2009 um 19:30 Uhr die Generalversammlung der SVP International** abgehalten. Eine detaillierte Einladung mit Anmelde-möglichkeit werden Sie mit dem nächsten Newsletter erhalten.